

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbon d



Inhalt

Jürgen Schmaude, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, beschreibt die Kernpunkte der künftigen Bildungspolitik der Sozialdemokraten.

Seite 1-3

Otto Reschke, Bundestagskandidat der SPD im Wahlkreis 88 (Essen I) erläutert die unsichere Datenbasis im Wohnungsbau.

Seite 4/5

Büchertips

Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) B 12-1

35. Jahrgang / 139

24. Juli 1980

Bildungspolitik im Wahlkampf

Polemik schadet der Sache, den Schülern, Eltern und Lehrern

Von Jürgen Schmaude

Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

In der Bildungspolitik hat der Wahlkampf bereits vor einem Jahr begonnen. Damals blockierten plötzlich die von CSU und CDU regierten Bundesländer die für die Fortschreibung des Bildungsgesamtplans (von 1980 bis 1990) nötige Anhörung der Betroffenen. Sie bedrohten damit die Fortschreibung des Bildungsgesamtplans, in der zum ausgesprochenen Mißvergnügen des oppositionellen Kanzlerkandidaten ein Kompromiß in der Gesamtschulfrage erreicht war: die Länder, die wollten, konnten sie zur normalen Angebotsschule machen; die anderen sollten sie als Versuchsschule weiterführen dürfen. CSU und CDU drohten sogar, ab 1981 Abschluszeugnisse von Gesamtschulen nicht mehr anzuerkennen.

Die Absicht war klar: Bildung sollte zum Streit-Thema im Vorfeld der Wahlen in diesem Jahr werden. Nach den Landtagswahlen im Saarland und in Nordrhein-Westfalen sind manche in der CDU und der CSU auffallend kleinlaut geworden. Sie fragen sich, ob Alfred Dregger nicht zu Recht auf seine "schlechten Erfahrungen" in Hessen verwiesen und aus gutem Grund davor gewarnt hat, den Wahlkampf gegen die Sozialdemokraten mit verbotenen bildungspolitischen Ladenhütern zu führen.

Eine solche Scheu vor bildungs-polemischen Streitäxten findet sich im Strauß-dominierten Wahlprogramm von CSU und CDU nicht: bildungspolitische Aussagen finden sich über das ganze Programm verstreut, Bildungspolitik wird hier als Konfliktthema abgehandelt.

Wir Sozialdemokraten brauchen diesen bildungspolitischen Streit nicht zu fürchten. Aber wir sollten um die Sache



streiten und auf Polemik nicht mit Polemik, sondern mit unseren besseren Argumenten reagieren. Wenn Bildungspolitik im Gespräch ist, sollte uns das recht sein. Es nützt denen, die von den Bildungspolitikern in Bund und Ländern zu Recht erwarten

- daß in der beruflichen Bildung die Qualität der Ausbildung verbessert wird, gerade auch für Mädchen, für Kinder ausländischer Arbeitnehmer und für benachteiligte Jugendliche,
- daß der Bildungsgesamtplan fortgeschrieben und verabschiedet wird, damit wir für kleine Klassen, für wohnortnahe Schulen, für den Ausbau der Weiterbildung und so weiter planen können,
- daß endlich mehr Einheitlichkeit in unserem Bildungssystem durchgesetzt wird, nicht nur für die Menschen, die umziehen, sondern damit alle Kinder und Jugendliche überall gleiche Chancen haben.

Wer die Wahlprogramme von SPD, FDP und CDU/CSU in ihren bildungspolitischen Aussagen vergleicht, stellt in der Bildungspolitik viel Gemeinsamkeit in der sozial-liberalen Koalition fest. Das ist eine wichtige Begründung, die sachliche Zusammenarbeit nach der Wahl im Oktober fortzusetzen,

Zu wesentlichen bildungspolitischen Inhalten des CDU/CSU-Programms gibt es weder von der SPD noch von der FDP einen Brückenschlag. Im bildungspolitischen Wahlkampf werden wir Sozialdemokraten den Stellenwert der Bildung auch dadurch stärken, daß wir die wichtigsten Unterschiede zur Opposition deutlich herausstellen.

So treten wir ein für

- Fördern statt Auslesen. Für Chancengleichheit und wirkliche Durchlässigkeit in unserem Bildungssystem. CDU/CSU bieten hier nur haltlose Angriffe und sprechen von "sozialistischen Systemveränderern", von "Klassenkampf im Klassenzimmer", von einem "verzerrten und verfälschten Geschichtsbild".

Wir treten ein für

- die Gesamtschule, die ihren Wert als zeitgemäße Schulform in einer demokratischen Gesellschaft bewiesen hat. Wir respektieren den Elternwillen und wollen Gesamtschulen dort, wo die Eltern sie für ihre Kinder wollen. CDU/CSU "halten am gegliederten Schulwesen fest". Vom Elternwillen kein Wort.
- Wir treten ein für
- die Herstellung der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung und die Kernverantwortung der Wirtschaft für die berufliche Bildung - bei staatlicher Verantwortung für die Rahmenbedingungen und für die Berufsschule. CDU/CSU wollen, daß der Hauptschüler nicht "diskriminiert" wird, daß Schule und Hochschule "einander ergänzen", die Schule "nicht verwissenschaftlicht und das Stu-



dium nicht verschult" wird. Sie wollen den Hauptschüler "auf die Berufswelt vorbereiten und ihn zu einer sachlich begründeten Berufsentwicklung befähigen". Mit anderen Worten: Hauptschüler werden Arbeiter. Basta!

Wir treten ein für

- gleiche Chancen der Mädchen und jungen Frauen in der beruflichen Bildung. Im bildungspolitischen Teil des Wahlprogramms bei CDU/CSU dazu kein Wort.

Wir treten ein für

- den weiteren Abbau des Numerus clausus und den Fortgang der Studienreform und die Öffnung der Hochschulen, die vor allem Arbeiterkindern den Zugang zur Hochschule erleichtern soll. Im bildungspolitischen Teil des Wahlprogramms bei CDU/CSU dazu kein Wort.

Wir treten ein für

- die weitere stetige Verbesserung der Ausbildungsförderung (BAföG). Im bildungspolitischen Teil des Wahlprogramms bei CDU/CSU dazu kein Wort.

Wir treten ein für

- die weitere Stärkung und Förderung der wissenschaftlichen Forschung an unseren Hochschulen. Im bildungspolitischen Teil des Wahlprogramms bei CDU/CSU dazu kein Wort.

Insgesamt gilt: Bildungspolitik wird auch in Zukunft kein Randthema sein. Nach der Wahl müssen wir bildungspolitisch weiter vorankommen und den nötigen und angemessenen Anteil an den knapper werdenden Finanzen für die Bildung stichhaltig begründen. Meine Hoffnung ist, daß auch verständige Mitglieder der CDU und CSU die Chance einer sachlichen bildungspolitischen Debatte nicht verspielen.

(-/24.7.1980/va-he/va)

+

+

+



Wohnungsbaupolitik auf dem Rücken der Mieter ?

Die Politiker brauchen zur Kursbestimmung in diesem Bereich endlich sichere Zahlen

Von Otto Reschke

Bundestagskandidat der SPD im Wahlkreis 88 (Essen I)

Im November 1979 schrillten die Alarmglocken. Die Oberbürgermeister der Revierstädte meldeten sich wieder einmal deutlich vernehmbar zu Wort. Zehntausende waren im Revier auf Wohnungssuche. In anderen Großstädten gibt es heute bis zu 40.000 Wohnungssuchende (München), die sich an den Wochenenden Zeitungen aus den Händen reißen und sich gegenseitig die angebotenen Wohnungen streitig machen. Signalisieren die Schlangen vor den kommunalen Wohnungsämtern, daß sich die Bundesrepublik vor einer neuen Wohnungsnot befindet? Kehrt eine Angst zurück, die man eigentlich für Überwunden hielt und die der Vergangenheit anzugehören schien, nachdem allein in den 70er Jahren fünf Millionen Wohnungen neu gebaut worden sind? Schlüsselige Antworten auf diese Fragen gibt es nicht. Widersprüchliche Aussagen von Fachleuten verwirren mehr, als sie helfen. Die über uns in den letzten Monaten hereingebrochenen Schätzungen des derzeitigen und zukünftigen Wohnungsbedarfs differieren in schon phantastisch anmutenden Größenordnungen.

Während die "Neue Heimat" einen aktuellen Bedarf von 1,2 Millionen Wohnungen ausmacht, sprechen andere Experten von einem Überhang, der in die Hunderttausende geht oder zumindest von einer ausgeglichenen Situation zwischen der Zahl der Haushalte und der Zahl der Wohnungen. Über die zukünftige Entwicklung herrscht noch größere Uneinigkeit. Während die großen Wohnungsbaugesellschaften auf der Grundlage des vom Statistischen Bundesamt vorausgesagten Anstiegs der Zahl der Haushalte bis 1985 um circa 500.000 von einem weiter wachsenden Bedarf sprechen, kommt eine "Studie" des von Kurt Biedenkopf (CDU) geleiteten Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zu einem ganz anderen Ergebnis. Danach wird die Zahl der Haushalte bis 1985 um 250.000 abnehmen und ein Überhang von 1,5 Millionen bis 2,6 Millionen Wohnungen entstehen.

Beide Annahmen klaffen unübersehbar auseinander. Hier wird wohl mit Informationen Stimmung gemacht. Niemand kann genaues sagen. Öffentliche Hände aber auch Investoren, ob Wohnungsbaugesellschaften oder Einzeleigentümer, sind auf Spekulationen angewiesen. Fragen, die gestellt worden sind:

1. Gibt es zur Zeit oder in absehbarer Zeit zu viele Wohnungen. Dann lohnt es sich nicht, zu investieren. Der Schock von 1973 mit der sogenannten Wohnungshalde sitzt bei vielen noch tief.
2. Gibt es zu wenig Wohnungen? Dann wird die Ware Wohnung teurer.

Bezahlen muß am Ende immer nur einer, das schwächste Glied in der Kette: der Mieter. Aber jene, die ihm helfen sollen, die Politiker in Bund, Ländern und Gemeinden können bei ihren Überlegungen zu einem langfristigen Wohnungsbaukonzept bei der so wichti-



gen Grundlage, nämlich den zu deckenden Bedarf, nur mit der Stange im Nebel der verschiedenen Expertenmeinungen herumstochern.

Gesicherte Erkenntnisse sind nicht vorhanden. Die Fortschreibung der Wohnungszählung von 1968 ist jedenfalls nicht ausreichend. Denn schon damals wurde deutlich, welche Unsicherheiten und Unwägbarkeiten in einer Fortschreibung stecken, die nur den Wohnungsneuzugang erfaßt, ansonsten aber auf Schätzungen angewiesen ist. Die Fortschreibung der vorherigen Zählung wies nämlich 600.000 Wohnungen mehr aus als anschließend dann gezählt wurden. Der Unterschied zwischen Wirklichkeit und fortgeschriebener Statistik wird heute noch größer sein als damals, denn die circa 700 Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen im Bund/Länder-Programm und die rege Modernisierungstätigkeit, mit der gewissermaßen auch Wohnungszusammenlegungen verbunden waren, haben zu unkalkulierbaren Größen im Bereich des Wohnungsabgangs geführt.

Die für 1981 vorgesehene kombinierte Wohnungs-, Arbeitsstätten- und Bevölkerungszählung war schon allein aus diesen Gründen eigentlich überfällig. Daß sie im Geringsten um die Finanzierung zwischen Bund und Ländern auf der Strecke geblieben ist, wird sich innerhalb kürzester Zeit als ein großer Fehler herausstellen.

Angesichts der 20 Milliarden DM öffentlicher Mittel, die jährlich direkt oder indirekt in den Wohnungsbau fließen, müssen die für die Zählung, die ja darüber hinaus noch eine Vielzahl anderer benötigter Daten bringen sollte, benötigten Mittel gering erscheinen. Wenn nicht doch noch einmal ein neuer Anlauf unternommen wird, um nun endlich diese notwendigen Zählungen durchzuführen, werden wir in den nächsten Jahren eine Wohnungsbaupolitik treiben müssen, die angesichts der vielen Aspekte, die dort hineinspielen, konzeptionslos, nur an den aktuellen Symptomen herumkuriert, ohne den Fragen der Zukunft gerecht zu werden. Eine Wohnungsbaupolitik, die den immer deutlicher werdenden regionalen Unterschieden nicht gerecht werden kann, weil sie Ursachen und Entwicklungen nicht erkennt. Eine Wohnungsbaupolitik, die zuläßt, daß mit Zahlen, wo immer sie herkommen mögen, Politik gemacht wird.

Es ist sicher nicht übertrieben, zu behaupten, daß der Streit um die Finanzierung der Wohnungs- und Bevölkerungszählungen auf dem Rücken der schwächsten Gruppe des Wohnungsmarktes, nämlich des Mieters ausgetragen wird. Hier noch einmal einen Anlauf zu unternehmen, muß für sozialdemokratische Politiker in Bund und Ländern nach den Bundestagswahlen eine der ersten Aufgaben sein, denn die Auswertung von Zählungen nimmt ja auch noch einmal einige Zeit in Anspruch. Wir dürfen es nicht auf die lange Bank schieben.
(-/24.7.1980/vo-he/va)



Buch-Hinweise

Über "die Konservativen und Franz Josef Strauß" gibt ein Sachbuch aus dem Goldmann-Verlag in München Auskunft, das der Publizist Kurt Hirsch unter dem Titel "Die heimatlose Rechte" geschrieben hat (256 Seiten, DM 6,80). Er berichtet darin über die Herkunft der radikalen Rechten im Kaiserreich (die Alldutschen und ihre Verbündeten im Geiste), über die Kampfbünde gegen die Arbeiterbewegung in der Zeit und bis hin zur Gründung der NSDAP, von den Freikorps in der Weimarer Republik bis zur Errichtung der "Harzburger Front" (1931), die dann zum Hitler-Reich führte. Besonders ausführlich wird die Wiedergeburt nationalistischer Aktivitäten rechtspolitischer Parteien, Bünde und Gruppen in der Bundesrepublik behandelt, wobei dann die CSU, Sonthofen und Kreuth und die offene Konfrontation mit der CDU wegen der Kanzler-Kandidatur des CSU-Vorsitzenden also die Gegenwart und ihre Tatsachen und Probleme erörtert werden.

+

"Die Enteignung des Bürgers" ist der Untertitel eines im Dietz-Verlag in Bonn von Michael Wolf Thomas herausgegebenen Taschenbuches (178 Seiten, DM 9,80), in dem unter dem Haupttitel "Ein anderer Rundfunk - eine andere Republik" die Manipulationen zur totalen Veränderung des Rundfunkwesens in der Bundesrepublik von einer Reihe von Sachkennern dargestellt und kritisch beleuchtet werden. Das Buch macht deutlich, daß es sich bei den Aktionen der Ministerpräsidenten von Niedersachsen und Schleswig-Holstein nicht nur um Korrekturen im heutigen, seit mehr als drei Jahrzehnten bewährten System des Rundfunk und Fernsehens handelt, sondern um eine Strukturveränderung, die grundsätzliche Fragen der demokratischen Wirklichkeit aufwirft, deren Beantwortung von unmittelbarer Bedeutung für den einzelnen Bürger im Lande sein wird. Die Beiträge informieren über den Sachverhalt, berichten die Tatsachen und behandeln die Hintergründe der gegenwärtigen Auseinandersetzung.

+

Axel Eggebrecht, einer der alten zornigen Männer unserer Republik, Mitbegründer des NWDR und lange Jahre ständiger Kommentator im Rundfunk, hat einen wichtigen Beitrag zur Auseinandersetzung mit dem Faschismus geleistet. Sein 1959 erstmals erschienenes Buch "Volks ans Gewehr. Chronik eines Berliner Hauses, 1930 bis 1934", im Dietz-Verlag, Bonn, jetzt erneut erschienen, kümmert sich weniger um die Frage, was der Faschismus wollte oder wem er objektiv nutzt. Er geht vielmehr der Frage nach, wie der Faschismus sich eine Massenbasis sichern konnte, ohne die er sich nicht hätte durchsetzen können. Er beschreibt in seinem Roman, wie sich der Nationalsozialismus in den Individuen festsetzte. Er beschreibt den Überzeugten SA-Mann, der für Strasser und Hitler in den Tod marschierte, dessen Nebenmann und Parteigenossen, der eher durch die Suppentöpfe und Uniformen angelockt wurde, denjenigen, der aus Furcht vor gesellschaftlicher Isolation Mitglied wurde, den entwurzelten Kleinbürger, dem die Novemberrevolution noch immer in den Knochen saß, den dauernden Opponenten genauso wie den dauernden Opportunisten und die Frau, die als Tribut an die Ehe auch das faschistische Weltbild ihres Mannes übernimmt. Eine derartige literarische Form - der demokratische Roman, der die Verknüpfung von politischem und sozialem Geschehen mit den Antriebskräften und Auswirkungen der davon Betroffenen leistet - hat wenig Tradition in der Bundesrepublik. Daß dem "Lernen aus der Geschichte durch Unterhaltung" ein weit höherer Stellenwert beigemessen werden muß, hat spätestens die Holocaust-Diskussion gelehrt. Deshalb: lesen und vor allem: oft verschenken. All diejenigen, die meinen, in der Provinz sei alles anders, sei die Widerstandskraft gegen faschistische Tendenzen stärker, sollten zusätzlich ein ebenfalls sehr lesenswertes Buch über die Machtergreifung in einer deutschen Kleinstadt, nämlich Northelm, zur Hand nehmen: "Das haben wir nicht gewollt" von William S. Allan.

(-/24.7.1980/v0-he/va)

